



## Investieren Land und Kommunen genug in das Straßennetz?

Im Jahr 2021 stehen 331 Projekte im Landesstraßenbauprogramm. Insgesamt 126 Millionen Euro sind dafür im Haushalt veranschlagt. Das hat Verkehrsminister Dr. Volker Wissing Ende September anlässlich der Überleitung des Bauprogramms an den Landtag erklärt. „Wir investieren in den Erhalt und Ausbau bestehender Straßen, aber auch in den Neubau. Ein modernes Land braucht eine moderne Infrastruktur. Unsere Bürgerinnen und Bürger wie auch unsere exportorientierte Wirtschaft sind auf eine gut ausgebaute Infrastruktur angewiesen. Wir machen aber auch den Radfahren und Radfahren in Rheinland-Pfalz Angebote. 19 Radwege sind im Programm enthalten“, so Wissing.

Für die laufenden Neubauprojekte wie die Nord-Ost-Tangente Bitburg, die Ortsumgehungen Rhaunen, Marienfels-Miehlen und Bellheim sowie für die Nordumfahrung Koblenz-Metternich sind im kommenden Jahr rund 10 Millionen Euro vorgesehen. 91 Millionen Euro fließen in die Erhaltung sowie in den Um- und Ausbau des rheinland-pfälzischen Landesstraßennetzes. Für die Landesstraßen stehen im kommenden Jahr 126 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung. Damit werde dem Ziel des Koalitionsvertrags entsprochen, in der Regierungsperiode 600 Millionen Euro für den Landesstraßenbau auszugeben.

### Kritik von CDU und Rechnungshof

Christian Baldauf, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag und Spitzenkandidat der Christdemokraten im kommenden Wahlkampf, zeigt sich deutlich skeptischer. Bereits bei der Vorstellung des Haushalts 2021 vor wenigen Wochen hatte er fehlende Investitionen in die Infrastruktur bemängelt. „Die Wahrheit ist, dass die Investitionen in unser Land, in Straßen, Brücken und Schulen auf niedrigem Niveau stehenbleiben. Rheinland-Pfalz liegt im Ländervergleich auf einem der letzten Plätze“, erklärte Baldauf bereits Anfang September.

Auch der Rechnungshof RLP hatte kürzlich einen Investitionsstau in Sachen Verkehrsinfrastruktur moniert. Allerdings lag das Hauptaugenmerk des Rechnungshofs auf kommunalen Verkehrswegen. Allein das Straßennetz der Gemeinden und Städte habe einen Sanierungstau von 1,1 Milliarden Euro. Die Zahlen basieren auf einer Umfrage unter 170 rheinland-pfälzischen Gemeinden. Ursachen, so der Rechnungshof, seien eine Unterfinanzierung der Kommunen, Personalmangel und ein fehlender Überblick seitens der Kommunen, so die Erklärung. **AS/MWVWLW**

# Neue Power für den Arbeitsmarkt

**WIRTSCHAFT:** Land stellt Programm vor, das kleinen und mittleren Betrieben und den Beschäftigten durch die Krise helfen soll

VON TORBEN SCHRÖDER

Förderung für betriebliche und individuelle Fortbildung, Coaching-Programme, Zusatzqualifikationen für angehende Azubis und ein runder Tisch – mit diesem Maßnahmenpaket unter dem Titel „RechargeRLP“ will die Mainzer Landesregierung „einen Energieschub für die Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz“ bewirken. Recharge bedeutet so viel wie „aufladen“. Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) spricht von einer „Maßnahmenbündel, mit dem wir die Menschen dabei unterstützen, mit neuer Kraft aus der Krise zu kommen“. Besonders Arbeitslose, Beschäftigte in Kurzarbeit, Selbstständige, kleine und mittlere Unternehmen sowie Jugendliche und junge Erwachsene sollen profitieren.

### Zuschuss für Weiterbildung

Seit dem 1. Oktober geöffnet ist ein Fördertopf mit zunächst einer Million Euro für Unternehmen, die betriebliche Weiterbildung anbieten. 30.000 Euro und 50 Prozent der Kosten beträgt die jährliche Maximalförderung. Nähere Vorgaben, dass die Fortbildungen beispielsweise in Richtung Digitalisierung gehen müssen, gibt es nicht. Beim „QualiScheck“, einem etablierten Programm für die individuelle Weiterbildung, wird die Fördersumme von 600 auf 1.500 Euro angehoben. Die

Mittel stammen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Eine Reihe weiterer Förderinstrumente sind in Planung und sollen nach Auskunft der Ministerin bis Frühjahr 2021 an den Start gehen. Eines davon nennt sich „KuG-Coach“. 41.500 Betriebe mit zusammen über 480.000 Mitarbeitern haben allein in Rheinland-Pfalz bereits Kurzarbeit angemeldet. Wie viele auch tatsächlich von dem Instrument zur Arbeitsplatzsicherung Gebrauch machen, ist erst mit Verzögerung zu ermitteln. „Die Unsicherheit in der Wirtschaft führt zu einer geringeren Einstellungsbereitschaft“, sagt Bätzing-Lichtenthäler, „es ist schwer, jetzt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.“ Aber wer in Kurzarbeit ist, habe mehr Zeit für Fortbildung. „KuG-Coach“ ist ein präventiv gedachtes Projekt, bei dem Beschäftigte hinsichtlich einer passenden Qualifizierung oder auch einer beruflichen Neuorientierung beraten werden sollen.

### Hilfen für den Mittelstand

„ReStart“ nennt sich ein Coaching-Programm für Selbstständige, die über eine Erweiterung ihres Geschäftsmodells oder auch eine neue berufliche Orientierung nachdenken. Das bereits vorhandene Förderprogramm „Zukunftsfähige Arbeit“, das kleine und mittelständische Unternehmen bei Weiterbildung, Gesundheitsmanage-



Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler stellt RechargeRLP in Mainz vor

ment und Arbeitsorganisation unterstützen soll, wird stärker auf die Bereiche Digitalisierung und Home-Office ausgerichtet. Auch hier stehen Fördermittel der EU zur Verfügung.

### Qualifizierung von Jugendlichen

Das ebenfalls neue Förderprogramm „Jump“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die grundsätzlich ausbildungsreif sind. Doch Corona-bedingt

sind viele Veranstaltungen und Messen, bei denen Ausbildungsberufe vorgestellt werden, ausgefallen. Und in Sachen neuer Lehrverträge üben die Betriebe mehr Zurückhaltung. Deshalb will das Land Zusatzqualifikationen vermitteln, die die Übergangszeit ausfüllen.

Gezielt an junge Menschen mit schlechteren Aussichten am Arbeitsmarkt richten sich die Jugendberufsagenturen. „Alles aus einer Hand“ lautet das Credo. Arbeitsagentur, Jobcenter, Jugendamt und Schulen arbeiten zusammen, um Hilfsangebote zu vermitteln. Drei regionale Koordinierungsstellen in Ingelheim, Koblenz und Pirmasens gibt es, drei weitere in Mainz, Kaiserslautern und Ludwigshafen sollen hinzukommen. Mithilfe der ESF-Mittel will Bätzing-Lichtenthäler das Modell in die Fläche bringen.

### Runder Tisch mit Kammern

Mit Unternehmensbesuchen und Gesprächen mit Betriebsräten will sich die Ministerin selbst ein Bild von der Lage in den Regionen und Branchen machen. Einstweilen bis Ende 2021 soll ein neuer Beschäftigungsbeirat für direkte Absprachen und schnellen Erfahrungsaustausch sorgen. Gewerkschaften, Arbeitsagentur, Jobcenter, Kammern, Kommunen, Kirchen und weitere Institutionen sind Teil dieses „Problemlösungsgremiums“.

## Betriebe stellen wieder mehr ein

**ARBEITSMARKT:** Hohe Quote sinkt im September weiter

Die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz ist im September weiter zurückgegangen. Der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit zufolge darf sich die Landesregierung über einen satten Rückgang von 5,5 Prozent freuen. Das entspricht 7.100 weniger Arbeitslosen als im Vormonat. Im Vergleich zum September 2019 ist die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Menschen aber weiterhin deutlich erhöht. Im Vorjahresmonat lag die Arbeitslosenquote nur bei 4,2 Prozent, heute liegt sie noch immer bei 5,4 Prozent.

Vor allem die Zahl jüngerer Arbeitssuchender habe sich im September reduziert, wie Walter Hüther, der stellvertretende Vorsitzende der Regionaldirektion berichtete. Sie hätten entweder eine Beschäftigung oder eine Lehrstelle angetreten.

Zu verdanken sei dieser Rückgang der Arbeitslosenquote unter anderem einer wachsenden Einstellungsbereitschaft der

rheinland-pfälzischen Arbeitgeber. Im September wurden insgesamt 7.100 offene Arbeitsstellen gemeldet. Das entspräche einen Zuwachs von knappen zehn Prozent im Vergleich zum August. Doch auch hier hat der Arbeitsmarkt die Zahlen des Vorjahres noch lange nicht erreicht. Insgesamt waren im September 30.200 offene Stellen gemeldet, über 10.000 weniger als im Vorjahresmonat.

Seitens der Landesregierung zeigte man sich dennoch erleichtert. Es sei eine „erfreuliche Entwicklung“, so Malu Dreyer. Die Ministerpräsidentin erkannte aber dennoch an, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter schwierig sei. „Sehr viele Beschäftigte befinden sich immer noch in Kurzarbeit.“ Aber auch hier gibt es Zeichen der Besserung. Im September gab es nur noch 250 neue Anzeigen für Kurzarbeit für insgesamt 3.400 Beschäftigte, so die Agentur für Arbeit. **AS**



Agentur für Arbeit in Mainz

## Digitalisierung: Handwerk und Mittelstand profitieren insbesondere in der Krise

Auch wenn handwerkliche Leistungen naturgemäß nicht vollständig digitalisierbar sind, verdeutlicht gerade die Corona-Krise, wie sehr der Mittelstand und handwerkliche Betriebe von Digitalisierungsmaßnahmen profitieren: Unternehmen, die bereits entsprechende Maßnahmen umsetzen, stehen bei der Bewältigung der Krise und ihrer Auswirkungen deutlich mehr Handlungsoptionen zur Verfügung.

Darüber hinaus ermöglicht der passgenaue Einsatz modernster Technologie neben vielfältigen Kosten- und Ressourceneinsparungen die Entwicklung und den Einsatz zukunftsweisender Verfahren.

### ISB unterstützt Digitalisierungsvorhaben: Von der Beratung ...

Daher unterstützt die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) als Förderbank des Landes

mittelständische Digitalisierungsvorhaben in verschiedener Weise: Da eine gute Beratung einen wichtigen Erfolgsfaktor darstellt, gewährt die ISB über ihr Beratungsprogramm für den Mittelstand sowie das BITT-Beratungsprogramm Zuschüsse zu entsprechenden Kosten. Existenzgründer und Unternehmensnachfolger können zudem vom Existenzgründungsberatungsprogramm profitieren.

### ... über die Finanzierung ...

Ist das Digitalisierungsvorhaben fertig geplant, geht es an die Finanzierung. Dabei unterstützt die ISB die Hausbanken bei der oftmals schwierigen Kreditvergabe gleich zweifach:

- Zum einen gewährt sie über die Hausbanken für eine Vielzahl unterschiedlicher Vorhaben ISB-Darlehen, die sich durch niedrige



Die markante Zentrale der ISB.

Zinsen, lange Laufzeiten und flexible Tilgungsoptionen auszeichnen.

- Zum anderen kann sie einen Teil des Kreditrisikos der Hausbanken durch eine Haftungsfreistellung übernehmen, ohne dass sich die Kreditzinsen für den Endkreditnehmer erhöhen.

### ... bis hin zu weiteren Förderprogrammen!

Daneben umfasst das ISB-Portfolio noch viele weitere Förderprogramme, die für Handwerksbetriebe interessant sind – etwa für die Umsetzung betrieblicher Vorhaben, die beispielsweise die Investition in energie- und ressourcenschonende Herstellungsverfahren ermöglichen. Auch wenn grundsätzlich kein Förderanspruch besteht, lohnt sich ein kostenfreies Beratungsgespräch unter 06131 6172-1333 in jedem Fall.

**ISB** | Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

### MINI-ZINSEN. MAXI-ERFOLG.



Geld ist so günstig wie nie. Investieren Sie jetzt in Ihre Geschäftsidee und die Zukunft Ihres Unternehmens mit den Förderangeboten der ISB.

Interesse? Ausführliche Informationen zu unseren Produkten erhalten Sie unter Telefonnummer 06131 6172-1333 oder unter [www.isb.rlp.de](http://www.isb.rlp.de).

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)  
Holzhofstraße 4  
55116 Mainz  
[beratung@isb.rlp.de](mailto:beratung@isb.rlp.de)  
[www.isb.rlp.de](http://www.isb.rlp.de)



# Steuerzahler und private Bauherren zahlen für Entsorgung

**POLITIK:** Bauwirtschaft und Handwerkskammer setzen sich für Deponie in Mainz-Laubenheim ein

VON ANDREAS SCHRÖDER

Im ehemaligen Steinbruch in Mainz-Laubenheim soll eine Ablagerungsstätte für Bauaushub entstehen. Bei den Einwohnern von Laubenheim und im benachbarten Mainz-Weisenau ist dieser langjährige Plan mehr als umstritten. Die Hitzewelle und die infolge der Corona-Krise geschlossenen Bäder riefen diesen Sommer daher einige Mainzer Bürger auf den Plan: Sie forderten, auf die angedachte Deponie zu verzichten und stattdessen den ehemaligen Steinbruch in einen Baggersee zu verwandeln. Bisher gab es keine ernstzunehmenden Anzeichen, dass die Stadt Mainz plant, dieser Bitte zu entsprechen. Aber bei der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft ließ das Ansinnen dennoch die Alarmglocken läuten. Denn in Rheinland-Pfalz gibt es einen nicht zu unterschätzenden Mangel an Ablagerungsflächen. Für die Bauwirtschaft ist der jüngste Vorstoß in Mainz daher symptomatisch für ein Problem, das das gesamte Bundesland plagt.

Auf die Deponie in Mainz-Laubenheim zu verzichten wäre ein Eigentor, „und ein sehr teures noch dazu“, erklärte Thomas Weiler, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Gemeinsam mit der Handwerkskammer Rheinhessen, der Kreishandwerkerschaft Mainz-Bingen und der Bau-Innung Mainz hat sich der Verband Ende September in einem offenen Schreiben an den Mainzer Oberbürgermeister Micheal Ebling gewandt.

Die Kosten für die Entsorgung und den Abtransport von Bauaushub sind das Hauptargument der Autoren. Laut



Die Einfahrt zum bestehenden Gelände des Entsorgungsbetriebs des Stadt Mainz am Laubenheimer Steinbruch. Hier könnten bald auch die Lkws mit Bauaushub rollen.

der Bauwirtschaft machen sie aufgrund des Deponieengpasses in Rheinland-Pfalz derzeit nicht selten zwischen 20 und 25 Prozent des Auftragsvolumens aus. Doch dem Verdacht, die Bauwirtschaft wolle lediglich Kosten sparen und profitiere von der geplanten Deponie am meisten, widerspricht Thomas Weiler energisch: „Von einer ortsnahen Ablagerungsmöglichkeit profitieren alle unsere Auftraggeber und damit in erster Linie die öffentliche Hand.“ Die sei mit Abstand der größte

Verursacher des Landes im Bereich Böden, so die Bauwirtschaft. Die Zeche dafür zahlt natürlich der Steuerzahler. Nicht selten sprengen die langen Transportwege und die mit ihnen verbundenen Kosten die Planungen.

Auch Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen, findet, dass die Kosten, die durch eine Abkehr von der geplanten Deponie in Laubenheim entstehen würden, zu wenig Beachtung in der öffentlichen Diskussion

finden. „Neben den zunehmend steigenden Entsorgungskosten für alle privaten und öffentlichen Bauherren sind das ja etwa auch steigende Müllgebühren für alle Haushalte in Mainz, da die eingeplanten Einnahmen durch die Deponie nicht entstehen.“ Auch auf die Frage, warum Mainz-Laubenheim als Standort erhalten soll, und nicht zum Beispiel eine andere Kommune außerhalb von Mainz oder Rheinhessen, hat Obermann, ebenfalls Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, eine klare Antwort. „Projekte, wie die in Mainz geplante Deponie, sind an keinem Standort beliebt“, so Obermann. Fakt sei aber, „dass der Mainzer Erdaushub nun über viele Jahre an anderen Standorten entsorgt wurde. Daher ist es nur gerechtfertigt, wenn auch innerhalb der Stadt geprüft wird, ob der eigene Aushub auch innerhalb der Stadt entsorgt werden kann“.

Die Sorgen der Anwohner bezüglich möglicher Konsequenzen für Mensch und Umwelt kann Obermann nur schwer nachvollziehen. „Zur Beurteilung der Umweltaspekte gibt es amtliche Genehmigungsverfahren. Daher vertraue ich auf die Entscheidung im Rahmen dieser Verfahren.“ Es gibt aber noch einen weiteren Umweltaspekt: Derzeit müsse das Material aus dem Raum Mainz entweder nach Kaiserlautern oder zur Deponie Eiterköpfe in Ochtendung bei Koblenz transportiert werden. Das ist jeweils eine Strecke von zirka 200 Kilometern hin und zurück. Diese Transportwege kosten nicht nur, das dabei produzierte Kohlenstoffdioxid schade auch Mensch um Umwelt.



## RLP will mehr Schutz vor unseriösen Schlüsseldiensten

Der Bundesrat ist Mitte September einem Antrag von Rheinland-Pfalz gefolgt, Verbraucher besser vor unseriösen Schlüsseldiensten zu schützen. Geht es nach dem Willen des Rates, müssen die Anbieter von Schlüsseldiensten in Zukunft ihre Preise bei der zuständigen Aufsichtsbehörde hinterlegen und ständig aktualisieren. Des Weiteren sollen die Angaben auch im Internet veröffentlicht werden, damit Verbraucher, die einen Schlüsseldienst benötigen, sich besser informieren und vergleichen können. „Wer ohne Schlüssel vor der Tür steht, ist in einer Zwangslage. Das nutzen unseriöse Schlüsseldienste immer wieder aus. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben“, erläuterte die rheinland-pfälzische Verbraucherschutzministerin Anne Spiegel. Da Schlüsseldienste keinem eigenständigen Berufsbild angehören, leiden sowohl Verbraucher als auch seriöse Anbieter nach wie vor unter schwarzen Schafen. **AS**

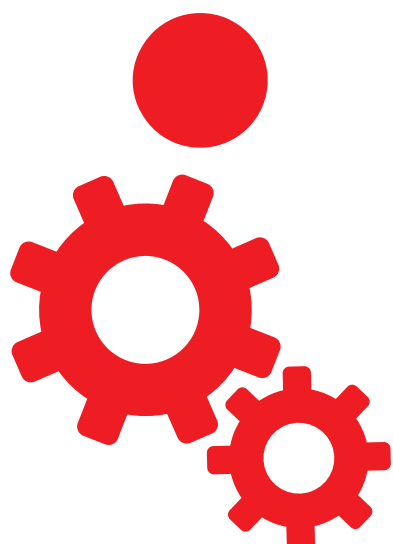
## LANDESREDAKTION

**Anja Obermann**  
Dagobertstraße 2  
55116 Mainz

**Andreas Schröder**  
Tel: 0179 / 90 450 25  
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



# Deutschland zählt auf den Mittelstand.



sparkasse.de/verbund

## Der Mittelstand kann auf uns zählen.

Denn die Sparkasse und ihre Verbundpartner bieten Ihnen das gesamte Spektrum an Finanzdienstleistungen und maßgeschneiderten Lösungen.

Deutsche Leasing  Die Landesbanken

Die Versicherungen der Sparkassen 

 Finanzgruppe